

Seit 30 Jahren gegen den Autobahn-Ausbau



Essen. Teil 3 unserer großen Serie rund, um, mit, von und über die A 40: Die Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo kämpft bereits seit 30 Jahren gegen den Ausbau der A40.

Dass Autoabgase und Reifenabrieb nicht gut für die Lunge sind, weiß jeder. Dennoch scheint das Thema Feinstaub für viele einfach und unüberwindbar zu Autobahnen dazu zu gehören. Doch es gibt Bürger, die sich schon vor 30 Jahren dagegen auflehnten – und die es noch immer tun. Etwa die Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo, die zurzeit gegen den sechsspürigen Ausbau der A40 klagt.



Der Sprecher der Bürgerinitiative in Bochum Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt. (Foto: Vera Kämper)

„Wir wollen niemandem das Autofahren vergraulen, wir wollen es nur sozialverträglich gestalten“, erklärt Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt das Credo der Bochumer Initiative. Und sozialverträglich, das ist die so genannte „Bochumer Lösung“ in seinen Augen gar nicht. Ob es der sechsspürige Ausbau der A40 zwischen Essen und Wattenscheid, das große Westkreuz in Bochum-Stahlhausen oder die Querspange im Bochumer Süden ist, das gesamte geplante Paket von Straßen.NRW ist dem Rechtsanwalt ein großer Dorn im Auge.

„Mehr Straßen bringen auch mehr Verkehr“

„Die Hoffnungen der Straßenplaner werden nicht gehalten“, befürchtet Czapracki-Mohnhaupt. Die erwünschte Entzerrung auf der A40 wird es seiner Meinung nach nicht geben: „Mehr Straßen bringen auch mehr Verkehr – dadurch gibt es lediglich eine Umlenkung von ÖPNV auf die Straßen.“ Und die Folgen, die der Bürgerinitiativler durch den Ausbau befürchtet, sind erheblich: „Wir rechnen mit enormer Belastung der Anwohner durch Lärm und Feinstaub.“

Mögliche Auswirkungen seien etwa Bronchial- und Kreislauferkrankungen bis hin zu Lungenkrebs, betont Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt – und beruft sich dabei auf zahlreiche Studien, etwa vom Landesumweltamt NRW oder vom Sachverständigenrat für Umweltfragen. „Die Feinstaub-Thematik ist bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden“, bedauert der Jurist. Doch die neuen EU-Richtlinien von 2003 zu dem Thema bestätigen seine Haltung.

13 Klagen laufen gegen den sechsspürigen Ausbau oder gegen das Westkreuz

Neue Richtlinien, doch das Problem ist alt: Bereits Anfang der 70er Jahre gingen die ersten Aktivisten unter dem Motto „Stopp DüBoDo“ auf die Straßen, in die Medien und zu politischen Gremien. Der Bau der „DüBoDo“, die A44, die von Düsseldorf über Bochum nach Dortmund führen sollte, konnte durch den erbitterten Widerstand weitgehend aufgehalten werden. „Entnervt hatten Land und Stadt gesagt: ‚Nein, danke‘. Und das Thema war vom Tisch“, erzählt Czapracki-Mohnhaupt. Bis dann 1995 der damalige NRW-Verkehrsminister Wolfgang Clement vorpreschte: „Der Bund hatte den Weiterbau im Auge – Clement wollte die Bochumer Lösung“, fasst der Bochumer zusammen.

Zeit für die Bürgerinitiative, die Arbeit wieder aufzunehmen und sich zu re-organisieren. Seit dem ist auch Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt dabei, als jemand, der sich mit Verkehrs- und öffentlichem Baurecht auskennt. Gut für die Initiative, denn seit der Schulterchluss mit den von der A40 betroffenen Wattenscheidern geschlossen wurde, standen Klagen an: Insgesamt laufen zurzeit 13 Klagen gegen den sechsstreifigen Ausbau oder gegen das Westkreuz.

„Die Klage kann gut für uns ausgehen“

Dass der erste Spatenstich bereits im Mai erfolgt ist, und die Baumaßnahmen an der Fußgängerbrücke in Wattenscheid sowie zur Verbreiterung der A40 stets fortgesetzt werden, lässt Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt kalt. Zwar gab es eine negative Eilentscheidung vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster, doch: „Die Rechtsprechung ist weiter im Fluss, da die Feinstaub-Debatte noch recht frisch ist“, schildert der Jurist und folgert: „Die Klage kann gut für uns ausgehen, denn das Münsteraner Gericht beobachtet das Bundesverfassungsgericht. Die sind da in ihrer Rechtsprechung schon weiter.“

Alternativ zum Ausbau der A40 schlägt die Bürgerinitiative umweltfreundlichere Vorgehensweisen wie die Verlagerung auf den öffentlichen Nahverkehr oder die Eindeckelung der Autobahn vor – zumindest, so fordern die Initiativler, sollte es ausreichenden Schutz für die Anwohner gegen Lärm und Staub und keinen Autobahn-Neubau als „Bochumer Lösung“ geben. Auch wenn die Fahrbahnen bereits ausgebaut werden, weiß Czapracki-Mohnhaupt: „Wenn wir gewinnen, kommt es vielleicht sogar zum Rückbau der Straßen. Das Risiko eines Millionengrabs trägt dann das Land als Bauherr.“

WAZ, DerWesten.de, 14. März 2008, Vera Kämper